

Suhl, 03.02.2011

Pro und Contra Kreisfreiheit für Suhl?

Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag Frank Kuschel und Tilo Kummer, MdL der LINKEN aus Hildburghausen, besuchten am 1. Februar dieses Jahres Ina Leukefelds Veranstaltungsreihe „Live aus dem Landtag“ im Suhler FRIZ. Das brisante Thema „Pro und Contra Kreisfreiheit Suhl“ sorgte für einen vollen Veranstaltungsraum, zahlreiche Fragen und ausreichend Diskussionsstoff zu einer offensichtlich komplizierten Materie. Auch die Suhler ahnen (oder wissen), was Tilo Kummer im Laufe des Abends mit der Bemerkung charakterisierte: „Ich kenne keinen Hildburghäuser, der Suhl in den Landkreis Hildburghausen aufnehmen möchte.“ Diese Feststellung mag für manche schmerzlich sein, doch sie begegnet den Suhlern nicht nur in Hildburghausen. Wie aber soll in der Auseinandersetzung mit einer solchen Position jemals der Wunsch Ina Leukefelds in Erfüllung gehen, dass die Stadt Suhl mit potenziellen Partnern stets auf gleicher Augenhöhe verhandeln sollte. Im Laufe der Erläuterung des Masterplans der LINKEN zu einer Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform durch Frank Kuschel sowie durch Fragen und Ergänzungen der Besucher kristallisierten sich im Laufe der mehr als zweistündigen Veranstaltung sachliche Lösungsansätze heraus. Sie könnten in einem Reformprogramm bestehen, das einerseits entscheidende demokratische Defizite in Thüringen beseitigt, Bürgernähe und Effizienz der Verwaltung wesentlich erhöht und die Frage nach der Kreiszugehörigkeit ganz und gar überflüssig macht.

„Pro und Contra Kreisfreiheit“- diese Frage darf nicht länger isoliert betrachtet werden, sondern – so wie das ein Diskussionsteilnehmer nachdrücklich forderte - im Zusammenhang mit einem vernünftigen, demokratischen, bürgernahen und logisch überzeugenden Gesamtkonzept. Die Thüringer LINKE hat ein solches Konzept. Im Kern muss das Verhältnis von Einwohner und Staat neu gestaltet werden. Zweistufigkeit der Verwaltung durch Abschaffung der Landkreise und des Landesverwaltungsamts und Servicebüros in den Kommunen zur Bearbeitung, bzw. Weiterleitung von Bürgeranliegen an Fachorgane. Auf der Basis der heutigen Planungsregionen könnten Regionalkreise ohne spezielle „Kreishauptstädte“ gebildet werden. Ein solches Modell ist durchaus kein utopischer Wunschtraum. In Hannover, Braunschweig oder Halle /Saale kann man erfahren, wie so etwas praktisch funktioniert. Zentren müssen nicht durch das Land festgelegt werden. Vernünftig wäre eine natürliche Entwicklung regionaler Zentren. Die Zentrumsfunktion kann dann durchaus auf mehrere Städte verteilt sein, abhängig von der Leistungsstärke einer Stadt auf einem bestimmten Gebiet. Über Kooperationen kann dann auch auf gleicher Augenhöhe verhandelt werden. Kreisfreie Städte würden in einem solchen Modell überflüssig und folglich auch die Frage nach dem Pro und Contra. Allerdings tauchen dann neue Fragen auf: Welche Partner hat die LINKE für ein solches Konzept? Wie könnten die konkreten Wege zur Umsetzung der linken Ideen in einem überschaubaren Zeitraum von fünf Jahren aussehen – und, wie kann eine nachhaltige Finanzierung nicht nur der Stadt Suhl, sondern aller Kommunen Thüringens gewährleistet werden? Auch die LINKE wird von den Wählern nicht an Konzepten gemessen, sondern an konkreten Veränderungen. Diskussionsstoff und Handlungsbedarf bleiben also. -
KaWa-